Viele Verletzte bei Terrorangriff auf Corona-Konferenz

19. März 2020



Bangkok (KNA) Das UN-Menschenrechtsbüro für Südostasien verurteilt den Bombenangriff mutmaßlicher islamischer Separatisten auf eine Konferenz zur Prävention der Corona-Pandemie im mehrheitlich muslimischen Süden Thailands. „Der willkürliche Einsatz von Waffen gegen Zivilisten ist nach internationalem Recht verboten und die Durchführung solcher Angriffe während eines Notstands im Bereich der öffentlichen Gesundheit unbegreiflich“, erklärte die Regionalvertreterin des UN-Menschenrechtsbüros in Bangkok, Cynthia Veliko (Mittwoch). Am Dienstag hatten zwei Sprengsätze mindestens 25 Teilnehmer eines Treffens zur Prävention und Bekämpfung des Covid-19-Virus verletzt.

Laut thailändischen Medien nahmen an dem Treffen Gouverneure und Gesundheitsbeamte aus fünf südlichen Provinzen sowie Journalisten und Polizisten teil. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch stimmt das Muster des Anschlags mit früheren Anschlägen der islamischen Separatistengruppe Barisan Revolusi Nasional (BRN) überein.

Seit mehr als einem Jahrzehnt kämpfen islamische Separatisten im Süden Thailands für eine

weitreichende Autonomie im mehrheitlich buddhistischen Thailand. Immer wieder gibt es dort Bombenanschläge auf Regierungsgebäude, Polizeistationen, buddhistische Mönche und Supermärkte. Sowohl die demokratisch gewählten Regierungen als auch die Militärregime der vergangenen Jahre sind mit Friedensinitiativen im Süden gescheitert. Kritiker werfen der Regierung in Bangkok vor, anstelle eines ernsthaften politischen Dialogs mit den Muslimen auf eine militärische Lösung zu setzen.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten.

Stand: 13. November 2026